



Niederschrift

35. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Sitzungstermin:	Dienstag, 16.01.2007
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	19:50 Uhr
Ort, Raum:	Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, Raum 3.025

Anwesend sind:

Herr Krause, Siegmар	DIE LINKE. PDS	anwesend ab TOP 2 (18:10 Uhr)
Frau Dr. Müller, Sigrid	DIE LINKE. PDS	
Herr Dr. Schlomm, Herbert	DIE LINKE. PDS	
Frau Schulze, Jana	DIE LINKE. PDS	
Frau Blume, Marie	SPD	
Frau Geywitz, Klara	SPD	Sitzungsleitung
Frau Paulsen, Bettina	CDU	anwesend ab TOP 2 (18:10 Uhr)
Frau Dr. Lotz, Brigitte	Bündnis 90/Die Grünen	anwesend ab TOP 2 (18:05 Uhr)
Herr Buchholz, Dirk	BürgerBündnis/FDP	
Herr Gohlke, Dieter	FAMILIEN-PARTEI	
Frau Gerber, Heiderose	Die Andere	
Herr Anton, Torsten	DIE LINKE. PDS	
Frau Basekow, Angela	SPD	
Frau Bittrich, Sabine	Ausländerbeirat	
Frau Bluhm, Regina	SPD	
Herr Fröhlich, Uwe	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Jutzi, Jörg	DIE LINKE. PDS	
Herr Puschmann, Wolfgang	Seniorenbeirat	
Herr van Leeuwen, Rüdiger	CDU	

Nicht anwesend sind:

Herr Näder, Volkmar	CDU	entschuldigt
Frau Grimm, Ute	Die Andere	entschuldigt
Frau Busch, Jutta	DIE LINKE. PDS	nicht anwesend
Herr Nowak, Benedikt	BürgerBündnis/FDP	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung
- 1.1 Bestätigung der Tagesordnung
- 1.2 Bestätigung des Protokolls vom 12.12.2006

- 2 Mitteilungen der Verwaltung
- 3 Vorstellung des Netzwerkes "Älter werden in der Landeshauptstadt Potsdam" sowie der Ergebnisse der Zukunftskonferenz
- 4 Handlungskonzept zur Gestaltung des Demografischen Wandels in der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 06/SVV/1009
Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt
- 5 Unterstützung eines Mehrgenerationenhauses
Vorlage: 06/SVV/0951
Fraktion SPD
- 6 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Geywitz.

Zu Beginn der Sitzung sind 7 von 12 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Ausschuss beschlussfähig.

zu 1.1 Bestätigung der Tagesordnung

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung. 0

Der Tagesordnung wird zugestimmt.

zu 1.2 Bestätigung des Protokolls vom 12.12.2006

Frau Geywitz schlägt vor, das Protokoll mit den Unterlagen zur nächsten Sitzung auszureichen und dann abzustimmen.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

zu 2 Mitteilungen der Verwaltung

Frau Müller informiert, dass im Nachgang zur letzten Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales eine Zuarbeit des Arbeitskreises Stadts Spuren und der Verwaltung bezüglich behindertengerechter Wohnungen vorliegt. Aufgrund des Umfanges werden diese als Anlage zum Protokoll ausgereicht.

Frau Müller informiert, dass die Zuteilung der finanziellen Mittel der PAGA für das Integrationsbudget für 2007 in der Höhe des Jahres 2006 erwartet werden. Das Verwaltungsbudget soll im Vergleich zu 2006 um ca. 1,6 Mio. Euro angehoben werden.

Herr Ernst informiert, dass der Landtag das AG SGB XII beschlossen hat und dieses ab 01.01.2007 in Kraft ist. Im Landkreis Spree-Neiße wird eine sog. Servicestelle eingereicht. Neben Potsdam haben weitere 16 Kreistage und Stadtverordnetenversammlungen den Abschluss der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung beschlossen.

Es wird ein gemeinsamer Ausschuss des Landes und Vertretern der Landkreise und kreisfreie Städte eingerichtet.

zu 3 Vorstellung des Netzwerkes "Älter werden in der Landeshauptstadt Potsdam" sowie der Ergebnisse der Zukunftskonferenz

Frau Müller gibt eine kurze Einleitung und weist auf die Zukunftskonferenz und die Gründungsveranstaltung des Netzwerkes hin.

Frau Neumann stellt anhand von Folien das Netzwerk sowie dessen Arbeit vor. Dazu gehören z.B. Benennung von Schnittstellen, Verbesserung der eigenen Angebote durch Zusammenarbeit und Vernetzung, aber auch Entwicklung und Durchführung von gemeinsamen Projekten zur Verbesserung der Lebenslage älterer Menschen in Potsdam.

Sie weist auf die Zukunftskonferenz vom 28.09.2006 hin und stellt die Ergebnisse der Konferenz vor.

Frau Neumann verweist auf die Ideen/Ziele sowie die entsprechenden Lösungsvorschläge und stellt die Arbeitsaufträge der Netzwerkkonferenz vom 23.11.2006 vor

Frau Basekow dankt Frau Neumann und hebt die Wichtigkeit dieser Arbeit hervor.

Frau Blume fragt, ob die Hausärzte in den jeweiligen Stadtteilen einbezogen sind.

Frau Neumann macht deutlich, dass auch die Hausärzte eingeladen werden. Eine Teilnahme der Hausärzte ist aufgrund der Sprechzeiten schwer zu realisieren. Aber auch die Krankenkassen sollen punktuell eingeladen werden.

Frau Schulze bittet zu prüfen, ob möglicherweise ein Link auf der Internetseite der Stadt hierfür eingerichtet werden kann, um sich hier aktuell informieren zu können.

Frau Paulsen fragt, ob es richtig ist, dass die Krankenhäuser einen ersten Anlaufpunkt für Angehörige von an Demenz erkrankten Menschen bieten sollten.

Frau Neumann macht deutlich, dass der erste Anlaufpunkt das Krankenhaus, aber auch eine Beratungsstelle sein kann. Beratung ist an dieser Stelle sehr wichtig.

Frau Müller ergänzt, dass oft eine schnelle Information und Beratung erforderlich ist, da auch schnelle Entscheidungen getroffen werden müssen, um die Sicherheit des älteren Menschen nach der Entlassung aus dem Krankenhaus zu gewährleisten.

Hiermit sollte sich die entsprechende Arbeitsgruppe auseinandersetzen. Aber auch Betroffene sollten einbezogen werden.

Frau Dr. Lotz weist darauf hin, dass es auch Menschen gibt, die keine Pflegestufe haben, aber vorübergehend betreut werden müssen. Hier entsteht oft eine schwierige Situation, da oft auch die Familien überfordert sind.

Frau Neumann macht deutlich, dass das Krankenhaus hier reagieren und informieren muss.

Frau Basekow weist darauf hin, dass als Kooperationspartner Stadt Potsdam steht, dies sollte konkretisiert werden. Sie macht auch darauf aufmerksam, dass sich viele an den Seniorenbeirat wenden.

Herr Jutzi weist darauf hin, dass gegenseitige Leistungsinformation von Partnern notwendig ist. Transparenz, wer was mit welcher Qualität anbietet, ist hier dringend erforderlich.

Frau Neumann stimmt dem zu.

Herr Krause fragt nach den qualitativ abgegrenzten Problemkreisen. Er fragt, ob Abgrenzung und Vereinsamung im Alter und Suizidgefährdung auch eine Rolle spielen.

Frau Neumann erklärt, dass Krankenhäuser und ambulante Dienste enger zusammenarbeiten müssen. Auch die Weiterentwicklung der Dienste wird ein Schwerpunkt sein. Zu statistischen Angaben über einsame ältere Menschen liegen ihr keine Erkenntnisse vor, aber im bundesdeutschen Durchschnitt sind es ca. 5 bis 6 % der Menschen mit sehr hohem Alter.

Frau Dr. Lotz regt an, eine Broschüre mit den entsprechenden Hinweisen zu erstellen, die dann in Krankenhäusern ausgelegt werden können, da rechtzeitige Informationen sehr wichtig sind.

Frau Müller macht deutlich, dass es auch darum geht, Pflegesituationen durch rechtzeitige Rehabilitation zu vermeiden.

**zu 4 Handlungskonzept zur Gestaltung des Demografischen Wandels in der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 06/SVV/1009**

Frau Müller stellt anhand von Folien das Handlungskonzept sowie die demografische Entwicklung insgesamt vor. Sie macht deutlich, dass dies ein erster Schritt in einem Prozess ist. Frau Müller stellt die Ergebnisse der Bevölkerungsprognose vor und macht darauf aufmerksam, dass 2020 ca. 18.000 Menschen mehr in Potsdam leben werden. Sie stellt die Bevölkerungsentwicklung in den einzelnen Sozialräumen vor. Sie weist auf das Faltblatt „Fakten helfen“ des Bereiches Statistik und Wahlen hin. Dieses wird zusammen mit dem Protokoll ausgereicht.

Herr Gohlke verweist auf die Handlungsempfehlungen auf S. 21, die aus seiner Sicht so noch nicht ausreichend sind. Diese müssen noch ausgebaut werden.

Die Schaffung der finanziellen Rahmenbedingungen muss durch die Fraktionen gestaltet werden.

Frau Geywitz macht deutlich, dass hier auch bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden muss. Dieses sollte z.B. hinsichtlich der Wohnungsbauförderung auch in Richtung Land stärker kommuniziert werden.

Frau Dr. Müller spricht die Umsetzung von Handlungskonzepten bzw. Leitlinien an und macht deutlich, dass es keine anderen Bereiche in der Stadt gibt, bei denen dies so erfolgt.

Die Verwaltung sollte jetzt sehen, wie die Planungen und Zielrichtungen in den einzelnen Bereichen umzusetzen sind.

Frau Müller macht deutlich, dass jetzt eine Ist-Analyse vorliegt, aus der die erforderlichen Umsetzungsmaßnahmen abgeleitet werden müssen. Eine wesentliche Aufgabe wird sein, die Handlungsempfehlungen zusammenzuführen und aufeinander abzustimmen. Hierzu ist die integrierte Sozialplanung dringend erforderlich.

Frau Schulze fragt, ob es bereits einen Zeitplan zur Umsetzung gibt.

Frau Müller erklärt, dass es bereits verwaltungsinterne Gespräche gibt. Eine erste Forschereibung zum Herbst 2007 wäre aus ihrer Sicht wünschenswert.

**zu 5 Unterstützung eines Mehrgenerationenhauses
Vorlage: 06/SVV/0951**

Frau Geywitz bringt den Antrag ein und begründet diesen kurz. Sie erklärt den Antrag für erledigt.

**zu 6 Sonstiges
Nächster Ausschuss für Gesundheit und Soziales:**

20. Februar 2007 18:00 Uhr Raum 3.025 des Stadthauses

**Klara Geywitz
Ausschussvorsitzende**

**Martina Spyra
Protokoll**